



öffentlich

Betreff:

30 Schülerinnen und Schüler pro Jahrgang für alle Schulen

Einreicher: Stadtverordneter Bretz, Fraktion CDU,
Stadtverordnete Göttel, Fraktion PDS, Stadtverordneter Hugler,
Fraktion Grüne/ B 90, Stadtverordneter Dr. Steinicke, Fraktion PDS

Erstellungsdatum 11.11.2002

Eingang 02:

| Beratungsfolge: | | Empfehlung | Entscheidung |
|-------------------|--|------------|--------------|
| Datum der Sitzung | Gremium | | |
| 04.12.2002 | Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam | | X |

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die unterzeichnenden Mitglieder des Ausschusses für Bildung und Sport empfehlen der Stadtverordnetenversammlung die Annahme folgender Entschließung:

30 Schülerinnen und Schüler pro Jahrgang für alle Schulen

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Landtag und die Landesregierung auf, die Absenkung der Mindestschülerzahlen, wie sie zum Erhalt der weiterführenden Schulen in ländlichen Regionen ab dem Schuljahr 2004/05 vorgesehen ist, für alle weiterführenden Schulen zu ermöglichen.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

| | | | | |
|---|--|--|------|------------|
| <input type="checkbox"/> einstimmig | <input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit | Ja | Nein | Enthaltung |
| <input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag | | <input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt | | |
| <input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.: | | | | |
| <input type="checkbox"/> zurückgestellt | | <input type="checkbox"/> zurückgezogen | | |

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

| | |
|------------------------|--|
| Entscheidungsergebnis: | |
| Gremium: | |
| Sitzung am: | |
| Beratungsergebnis: | |
| | |
| Gremium: | |
| Sitzung am: | |
| Beratungsergebnis: | |

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Angesichts zurückgehender Schülerzahlen sind in naher Zukunft zahlreiche weiterführende Schulen gefährdet - allein in Potsdam mindestens fünf. Gleichzeitig werden die Schulträger gezwungen, Schulstandorte, die erhalten bleiben, in einer Art und Weise auszulasten, die ein sinnvolles pädagogisches Arbeiten und eine individuelle und bedarfsgerechte Förderung aller Schülerinnen und Schüler, wie das im Landesschulgesetz § 3 Abs. 1 Satz 3 festgeschrieben ist, nicht mehr gewährleisten. Aus diesem Grunde ist eine generelle Absenkung der Mindestschülerzahlen geboten, damit nicht nur weiterführende Schulstandorte in ländlichen Regionen erhalten werden können, was durchaus zu begrüßen ist, sondern auch, um gleichzeitig die Möglichkeiten aller Schulen zur Förderung aller Schülerinnen und Schüler zu verbessern.